

Auer Tageblatt und Anzeiger für das Erzgebirge

Verantwortlicher Redakteur: Fritz Rühl. Druck: A. Vogel, Auerbach. Abonnement: 1.20 Mark. Einzelhefte: 10 Pf. Anzeigenpreise: Die Anzeigenpreise sind in der Rubrik 'Anzeigen' zu finden.

Nr. 96.

Dienstag, den 26. April 1921.

16. Jahrgang.

Das Wichtigste vom Tage.

Die Reparationskommission hat beschlossen, von Deutschland die Ablieferung von einer Milliarde Goldmark an die Bank von Frankreich bis spätestens 30. April zu verlangen.

Die Erklärung Dr. Simons im Reichstag über die Note an Amerika ist auf heute veröffentlicht worden.

Nach den neuesten Meldungen aus Amerika, die von Paris aus Bestätigung erfahren, soll Harding nunmehr doch bereit sein, das Schiedsrichteramt zwischen der Entente und Deutschland zu übernehmen.

Die neuen deutschen Vorschläge für den Wiederaufbau, die der Wiedergutmachungskommission überreicht worden sind, schließen sich an die Vorschläge der deutschen Gewerkschaften an.

Auf persönliche Vorstellungen einer Wordnung mitteldeutscher Arbeiter hat der Reichspräsident Anweisung gegeben, daß die Sondergerichte das Recht des Strafausschubs haben, besonders unter Berücksichtigung der zahlreichen jugendlichen Angeklagten.

Der Geschäftsordnungsausschuß des Reichstages hat mit allen gegen vier Stimmen beschlossen, die Immunität des Abg. Erzberger für die Strafverfolgung wegen Einkommensteuerhinterziehung und Kapitalflucht aufzuheben.

Deutschlands neues Angebot.

Es wird einer genaueren Prüfung überlassen bleiben müssen, um die Unterlagen für ein wirklich zutreffendes Urteil über das neue deutsche Angebot an die Alliierten und seine nächsten Folgen zu finden. Die Dinge sind jetzt in rasendem Fluss, und es kommt auf unserer Seite alles darauf an, die Entwicklung nicht ohne Not zu stören. Warten wir also zunächst noch ab, welches Schicksal dem neuesten deutschen Versuch zur Lösung der Reparationsfrage beschieden sein wird, und halten wir daran fest, daß nunmehr alles darauf ankommt, daß die Einheitslichkeit der deutschen Front auch weiterhin standhält. Das führt zwanglos zu einem kurzen Rückblick auf die verflochtenen letzten Tage, die bis zum Wande erfüllt waren von äußerster Nervosität und höchster Spannung. Welches wirkte sich aus in einer Fülle von Sensationsmeldungen über eine Reglerungsakrie, über den nicht mehr vermeidbaren sofortigen Zusammenbruch der bisherigen Regierungsmehrheit und in einer allgemeinen Empörung darüber, daß das Kabinett sich immer wieder für die unbedingte Geheimhaltung seiner Pläne entschied. Was die Krise anlangt, so hat man inzwischen gesehen, daß die erwähnten Sensationsmeldungen durch die Wirklichkeit nicht bestätigt worden sind. Damit soll aber natürlich nicht gesagt sein, daß die Tage des Ministers Dr. Simons und vielleicht auch mehrerer anderer Mitglieder des Kabinetts Fehrenbach geschützt sein würden, wenn die Aktion mit Amerika einen absoluten Mißerfolg haben würde. Es war von Anfang an ganz selbstverständlich, daß Dr. Simons nach dem Scheitern der von ihm ganz persönlich vorgeschlagenen Demarche beim Präsidenten Harding von sich aus seinen Rücktritt beantragen würde, und es unterlag ferner keinem Zweifel, daß die Unzufriedenheit des rechten Flügels der Deutschen Volkspartei mit den deutschvolksparteilichen Mitgliedern des Reichskabinetts so stark war, daß sie im gegebenen Augenblick auch die Demission der Herren Heinze, v. Kaumer und Scholz erzwingen müßte. Erklärlich war aber schließlich auch, daß die Parteien für diese verschiedenen Eventualitäten neue Männer bereit haben wollten. Es war jedoch bezeichnend, daß, soweit wir sehen, die Namen der eventuellen Kandidaten in der Öffentlichkeit nicht genannt worden sind, denn darin lag zugleich der Beweis dafür, daß tatsächlich von einer akuten Regierungskrise nicht die Rede war. Wiederum ist dabei ein Vorbehalt zu machen: all diese Kombinationen gehen über die Mehrheitssozialdemokratie und ihre eventuellen Wünsche und Pläne hinweg. Man weiß aber, daß die Sozialdemokratie infolge der Vorgänge in Preußen auch im Reich in die schärfste Kampfstellung gerückt sind. Bedeutsam ist in dieser Hinsicht der Vorkauf des Vorwärts vom letzten Sonntag, der die Bedingungen zu einem Wiedereintritt in die Regierung (sowohl dem Inlande wie vor allem unseren Gegner genau umschreibt). Aber auch hier wird die weitere Entwicklung natürlich ganz davon abhängen, welchen Gang die Reparationsfrage nimmt.

Die neuen Vorschläge noch nicht bekannt.

Die Veröffentlichung auf Wunsch Amerikas verzögert.

In der neuen deutschen Note, in der die neuen deutschen Gegenansprüche nach Amerika hermitteilt werden wird gemeldet: Die bisher erfolgten Verhandlungen über den Inhalt der Gegenansprüche sind zum großen Teil auf sehr unzuverlässige Kombinationen aufgebaut. Zudem ist von amerikanischer Seite

des bringende Wunsch geäußert worden, jede Veröffentlichung über den Text der Note und insbesondere jeden Kommentar zu vermeiden, bis von amerikanischer Seite die deutschen Vorschläge mit einem entsprechenden Begleitschreiben den Alliierten überreicht worden sind. Der Text der deutschen Vorschläge wird deshalb auch nicht vor der Weitergabe der Note durch Amerika bekanntgegeben werden. Auch der deutsche Außenminister Dr. Simons hat, entgegen dem ursprünglichen Plan, gestern im Reichstage nicht über den Inhalt der deutschen Gegenansprüche gesprochen.

Hierzu ist die folgende Pariser Meldung mit allem Vorbehalt aufzunehmen:

Nach der Daily Mail weilt eine Havas-Depesche aus Berlin folgende vier Punkte als die Grundlagen der neuen deutschen Vorschläge zu melden:

1. Angebot einer Summe, die weit über die in London angebotene hinausgeht;
2. Aufnahme einer internationalen Anleihe zur Zahlung der ersten Rate;
3. Übernahme der Schulden der Alliierten an die Vereinigten Staaten;
4. Zahlung eines Teils des Gewinns der deutschen industriellen Produktion.

Uebrigens war, wie ein im Laufe des heutigen Vormittags beim Auer Tageblatt eingegangenes Telegramm meldet, die deutsche Note in Washington gestern abend noch nicht eingegangen, als Hughes das Amt verließ. Es wird angenommen, daß irgend eine Verzögerung in der Uebersetzung eingetreten ist.

Eine neue Goldforderung!

Nach einer von der Agence Havas veröffentlichten Note der Reparationskommission hat diese in ihrer Vollziehung vom 25. April infolge der Ablehnung der deutschen Regierung, den Metallbestand der Reichsbank nach Coblenz und Köln überführen zu lassen, beschlossen, die Ablieferung von einer Milliarde Goldmark an die Bank von Frankreich bis spätestens 30. April zu verlangen.

Ausschub weiterer Zwangsmahnahmen.

Nach einem Temps-Bericht über die Freitagssitzung des französischen Ministerrates, an der Hoch und der Direktor der französischen Reparationskommission teilnahmen, ist die Befehung der weiteren deutschen Gebiete auf den 6. Mai festgesetzt. Der Direktor Chaillon-Commeny wurde dem Militärbefehlshaber als Zivilkommissar beigegeben.

Frankreich plant die Besetzung Frankfurts.

Wie Loucheur dem belgischen Korrespondenten mitteilt, ist von Frankreich auch eine Besetzung Frankfurts und der Eisenbahnlinie, die dort aus Süd-Deutschland mündet, geplant. Doch hängt dieser Teil der Besetzung von einer Beteiligung Belgens ab, worüber noch verhandelt wird. Das belgische Außenministerium ließ die Presse wissen, daß die belgische Regierung vollkommen einig sei, die neuen Sanktionen durchzuführen, es werde nur noch über den Umfang der belgischen Beteiligung verhandelt.

Interpellation über die auswärtige Politik.

Deutscher Reichstag.

Präsident Osbe eröffnete um 3/4 Uhr gestern die stark besuchte Sitzung mit einer Ansprache, in der er den Tiradern die für die Kundgebung ihres deutschen Volksbewußtseins und des Vertrauens zur deutschen Sache, die sie durch ihre Volksabstimmung für den Anschluß an Deutschland gegeben haben, dankt. Auf der Tagesordnung steht die Interpellation der Unabhängigen und der Deutschnationalen über die Lage in der auswärtigen Politik. Abg. Dörmann (Unabh.), der die Interpellation seiner Fraktion begründet, erhebt schärfsten Protest dagegen, daß die Regierung dem Reichstag noch immer nicht über ihre jüngsten Schritte bei der Entente unterrichtet habe, die für das Schicksal des deutschen Volkes von größter Bedeutung seien. Zu

hürmischen Szenen

kommt es, als der Abg. Dörmann ausführt: Der Weltfrieden von Versailles und der Inhalt der Note an Amerika seien diktiert von demselben Geiste der reaktionären Gewalt, die den Friedensvertrag von Brest-Litovsk diktiert hat. Als der Redner in scharfen Worten die Weisung der früheren Kaiserin als monarchische Demonstration bezeichnet, verlassen die Abgeordneten den Saal. Abg. Dr. Hoepfisch (Ditt.) begründet ausführlich die deutschnationalen Interpellation. Das Telegramm an Harding sei die vollendete Entwürdigung Deutschlands. Die Außenpolitik der letzten sechs Wochen sei weder klar noch eindeutig.

Außenminister Simons:

Die neue Note der deutschen Regierung an Amerika ist jetzt in Washington eingegangen. In diesem Augenblicke halten wir und die amerikanische Regierung es nicht für angezogen, den Wortlaut und Inhalt der Note schon mitzuteilen. Wir wollen das erst Dienstag mittag tun. Wir schlagen deshalb vor, die Verantwortung der Interpellation auf Dienstag zu verlagern. Nach den schweren Angriffen des Abg. Hoepfisch gegen mich fällt mir das Festhalten an diesem Vorschlage sehr schwer. Ich muß aber daran festhalten und bitte, daraus nicht zu schließen, daß ich auf seine Angriffe nicht dieses und jenes antworten könnte. — Hierzu wird die Weiterberatung auf Dienstag 2 Uhr nachmittag vertagt.

Kleine politische Meldungen.

Neue Konstituierung der preussischen Einwohnerwehren. Die preussischen Einwohnerwehren haben, nachdem das obdenburgische und das württembergische Ministerium das Fortbestehen der Einwohnerwehren als nachteilig erklärt haben, wenn die Waffen unter der Obhut der Regierung stehen, bei dem preussischen Staatsministerium zur Angelegenheit gebracht, daß sie sich im Mai dieses Jahres neu konstituieren werden.

Auch weiterhin kein Verfahren von Ueberschritten. Das Ergebnis der Vorabstimmung unter den Mitgliedern des alten Bergarbeiterverbandes über die in den letzten Verhandlungen zwischen dem Zechenverband und den Bergarbeitervertretern getroffenen Vereinbarungen in der Ueberschritten- und Lohnfrage liegt noch nicht vollständig vor. Es läßt sich aber schon erkennen, daß die Vereinbarungen mit einer Mehrheit von 2:1 abgelehnt worden sind, so daß zunächst auch weiterhin keine Ueberschritten verfahren werden, sondern neue Verhandlungen aufgenommen werden müssen.

Glückwünsche der Zentrumsfraktion. Am Sonntag nachmittag hat die Reichstagsfraktion des Zentrums dem feierlichen Akt ihres fünfzigjährigen Bestehens im Plenarsaal des Reichstages beigesteuert. Die Abgeordneten mit ihren Damen und eine Reihe von Mitgliedern des preussischen Landtages waren erschienen. Auf der Ministerbank hatten der Reichskanzler Heinebach sowie die Minister Gessler und Birck Platz genommen. In der Festrede gab der Vorsitzende Dr. Trimborn einen historischen Rückblick auf die Entwicklung der Partei.

Eine zweite Volksabstimmung rechts der Oder. Der neueste Trick der Polen ist die Veranstaltung einer zweiten Volksabstimmung rechts der Oder. Die Abstimmung wurde auf die Weise ausgeführt, daß in den einzelnen Orten die Polen zu Versammlungen einberufen und veranlaßt wurden, Entschlüsse zugunsten eines Anschlusses an Polen entgegenzunehmen. An der Spitze dieser Bewegung steht der bekannte Graf Doppersdoell. General Verond hat den Abstimmungsbericht entgegengenommen, während die Vertreter der übrigen Mächte ihn ablehnten.

Ein neuer Dreikund gegen Deutschland? Esche de Paris meldet mit aller Bestimmtheit, daß zwischen Frankreich, Tschechoslowakei und Jugoslawien ein Defensivbündnis abgeschlossen wurde, das die Teilnahme der beiden mitteleuropäischen Staaten für den Fall größerer militärischer Zwangsmahnahmen Frankreichs wider Deutschland betrifft.

Volksabstimmungen in ganz Oesterreich? Die Innsbrucker Nachrichten melden, daß die erste Folge der Abstimmung in Tirol der offizielle Antrag der Tiroler Landesregierung an die Wiener Zentral-Regierung sein werde, Volksabstimmungen in ganz Oesterreich bis Ende Mai zu veranstalten, um ein getrenntes und selbständiges Vorgehen Tirols auszusprechen.

Das Ende des englischen Bergarbeiterstreiks. Der Courant meldet aus London: Die Unzufriedenheit der Bergleute über die Folgen des Streiks ist außerordentlich groß. Die Mehrzahl der Arbeiter hat die Wiederaufnahme der Arbeit beschlossen. Die Verluste an Arbeitsleistungen betragen bis jetzt über eine Milliarde Schilling. In den englischen Grubenbezirken herrscht infolge des Streiks Geldmangel und größte Not der Bergarbeiter.

Generalkrieg in Italien. Nach römischen Meldungen Wiener Wälder traten Montag morgen die Gewaltthaten in ganz Italien in den Generalstreik. Da die Eisenbahn der Streikparole Folge leistete, ist seit gestern morgen der Eisenbahnverkehr eingestellt. S. Bittoroli hat sich dem Generalstreik angeschlossen. Der letzte Zug verließ Montag abend 9 Uhr Bozen. Die Ursache der Bewegung liegt in dem passiven Verhalten der Regierung gegenüber den stetig wachsenden Ausschreitungen der Nationalisten.

Sitzung der städtischen Körperschaften zu Aue.

1. Nachdem vor Wochenfrist erst das Stadtverordnetenkollegium in Anschließung an eine Ratsvorlage sich grundsätzlich für Erbauung eines Freibades in Aue ausgesprochen hatte, folgt die **Bewirtlichung des Bades** auf dem Fuße. In aller Beschleunigung soll die Badeanlage geschaffen werden, damit sie noch in diesem Sommer der Benutzung übergeben werden kann. Wenn nicht unvorhergesehene Dinge eintreten, wird schon in den großen Ferien unsere Schulfugend sich im Schwarzwasser tummeln können, und die Erwachsenen werden, wie es den Anschein hat, vielleicht ebenfalls nur bis dahin zu warten brauchen, um die Freuden eines Familienbades zu genießen. Es ähnlich wie in Wannsee und anderen großstädtischen neuzeitlichen Badeanlagen, denn das Familienbad ist vom modernen Freibad kaum noch zu trennen. Modern aber soll das Auer Freibad werden, das steht fest. Deshalb wird es auch nicht allein den Großen eines

Schwimm-, Luft- und Sonnenbades

genügen, vielmehr soll es mit einer Reihe von Einrichtungen ausgestattet werden, die ebenso großzügig sind wie sie in gesundheitlicher Hinsicht vorzüglich sind, bewahren werden. Die Liegen werden durchgeschlagen werden können und Kurbäder genommen, Einrichtungen, die in erster Linie unseren durch den Krieg arg mitgenommenen Kindern zugute kommen sollen. Weiter werden der Jugend Turngelegenheiten zur Verfügung gestellt werden zur Kräftigung und Erhaltung des Körpers, für die ganz Kleinen wird es an entsprechender Spielbelustigung nicht fehlen — Kurz: was eine vom Geiste der Zeit getragene Anstalt dieser Art erfordert, wird im Auer Freibad vorhanden sein.

Dieser großzügige Ausbau des Bades wurde gestern in einer öffentlichen gemeinschaftlichen Sitzung der städtischen Körperschaften beschlossen, die unter Vorsitz Bürgermeister Hofmann abgehalten wurde, und an der neun Stadträte sowie 19 Mitglieder des Stadtverordnetenkollegiums teilnahmen.